

Landtagswahl in unruhigen Zeiten

Warum Mitglieder der DKP Solingen diesmal nicht die eigene Partei, sondern die Partei DIE LINKE wählen

Die DKP kandidiert am 14. Mai in einigen Kreisen mit Direktkandidaten und mit einer Landesliste. Das Wahlprogramm enthält Forderungen wie mehr Geld für die Städte, viel mehr für die Bildung, Begrenzung der Mieten und ein Sofortprogramm für den Sozialen Wohnungsbau, Privatisierungen stoppen, Ausbau der Kindertagesstätten, mehr und gut bezahlte Pflegekräfte in Altenheimen und Krankenhäusern. Und von da soll das Geld herkommen: Von den Reichen und der Rüstung.

Das unterstützen wir. Dennoch wählen Mitglieder der DKP Solingen die Partei die Linke. Wir wollen, dass die Die Linke wieder in den Landtag kommt. Sie ist antifaschistisch, konsequent demokratisch, gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne. Wir erinnern uns an ihre Zeit im Landtag; so ist sie dort aufgetreten, so tritt sie auch im Bundestag auf. So ist ihre Politik auch in Solingen, wo wir als DKP eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen der Partei Die Linke haben.

Wir meinen: Die Zeit schreit danach, zusammen zu stehen, gemeinsam Politik zu machen, Druck und Widerstand zu entwickeln. Da genügt ein Blick in die Wirklichkeit:

Längst haben wir keinen Frieden mehr, die Bundeswehr ist weltweit in Kriege verwickelt, Nato-Soldaten stehen an der russischen Grenze. Was Trump noch vom Zaun bricht, wissen wir nicht. Folgt auf die „Superbombe“, eben in Afghanistan abgeworfen, jetzt die Atombombe?. Die Gefahr ist mit Händen zu greifen. Es droht eine neue Runde des Rüstens Die Waffenhersteller reiben sich die Hände, fette Profite winken: Und weil Trump es will, soll noch mehr Geld für Rüstung ausgegeben werden. Zwei Prozent des Sozialprodukts, das heißt Verdoppelung. Also noch mehr Waffen, mehr Soldaten, mehr Krieg. Weniger für Soziales, das folgt daraus! Das wollen wir nicht!

Viele Menschen haben Angst, sei es vor sozialem Abstieg, vor Verlust des Arbeitsplatzes, sei es vor dem Absinken in Armut und Hartz-IV, vor unzureichender Sicherung im Alter, Angst vor den Folgen der Klimakatas-



Die Kandidatin unseres Vertrauens: Alexandra Mehdi

trophe, vor Anschlägen. Es ist kalt in Deutschland, für die arbeitenden Menschen, die Rentner, die Arbeitslosen, die allein Erziehenden, die schon Abgehängten. Die Tatsachen sprechen Bände: Fast jeder 10. Haushalt in Solingen ist auf Hartz-IV. Fast jedes 5. Kind lebt in einem solchen Haushalt. Viele Städte, auch Solingen, unterliegen einem Sparzwang. Öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen. Selbst der Öffentliche Nahverkehr wird weiter beschnitten.

Warm und gemütlich hingegen haben es die Gutverdienenden und die Reichen. Der krasse soziale Gegensatz empört. Die Rech-

ten nutzen das aus. Sie bieten wie seinerzeit die Nazis ihre einfachen „Lösungen“ an und haben damit beängstigenden Zulauf. So geht nun ihre Saat auf, hier und in anderen Ländern Europas.

Genügend Gründe, zusammen zu stehen, gemeinsam Politik zu entwickeln, Widerstand zu entfachen. Auf der Straße. In den Parlamenten. Wir als DKP sind dabei. Das Programm der Partei Die Linke und das von der DKP beschlossene Programm „Sofortprogramm Frieden, Arbeit, Bildung, Wohnen“ sind eine gute Grundlage. **Gemeinsam sind wir stärker.**

Ohne Aussicht auf Gesundheit?

Die Stadt Solingen ist krank. Bei einer Milliarde Schulden, die Hälfte davon sind Kassenkredite, aus denen das tägliche Geschäft finanziert werden muss. Zusätzliche Ausgaben gehen nur noch mit Sonderkrediten, wie für den Neubau des Vogelsangbades oder für die Sanierung von Schulen.

Offen benannte der Stadtkämmerer die Lage: „Nicht nur in der Gesellschaft geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Auch in der kommunalen Welt ist eine Zwei-Klassengesellschaft, sind massive Disparitäten längst Wirklichkeit. Die finanzschwachen Kommunen sind in einer dramatischen Abwärtsspirale“.

Nun ist das alles nicht einfach so gekommen und keiner weiß woher. Solingen ist immer die (liebenswerte) Provinzstadt gewesen und ist es bis heute. Extravaganzen mögen die Bergischen nicht. Keine Wupperphilharmonie. Die große Politik hat uns in diese Misere geführt und Steuergesetze gemacht, die die Reichen begünstigt. Den Städten haben sie dann noch Lasten aufgebürdet, die diese nicht tragen konnten.

Zuschüsse durch den sogenannten Stärkungspakt Stadtfinanzen waren gebunden an eigene radikale Einschnitte. Deren gab es viele. Solche:

Birker-Bad weg, Hallenbad Ohligs weg, Gelände Union-Stadion verkauft, Rathäuser Wald und Ohligs verkauft, Eissporthalle verkauft, Parks nicht mehr betreut, Walder Stadtsaal und Festhalle Ohligs verkauft, Öffnungszeiten der Bibliothek gekürzt, Straßenbeleuchtung reduziert, 150 Stellen bei der

Stadt gestrichen, ÖPNV reduziert, Grundsteuer B erhöht, Sex-Steuer eingeführt, Parkraum „bewirtschaftet“.

Jetzt soll auch noch die Schuldenbremse eingeführt werden. Das heißt, ab 2018 dürfen keine neuen Schulden gemacht werden. Für jede Ausgabe muss eine Einnahme stehen. Aber die Ausgaben werden steigen. Also kommen noch mehr Einschnitte. Das ist die Abwärtsspirale, die der Kämmerer meint.

Daher fordern wir von Bund und Land mehr Geld für die Städte und Gemeinden. Eine Reichensteuer muss her. Einschränkung der Rüstungsausgaben brächten viele Milliarden.

Nur dadurch und durch die Umverteilung des Reichtums ist eine Gesundung auch unserer Stadt möglich.



Her mit dem Sozialen Wohnungsbau!



Viel Ärger haben sich Verwaltung und Verkehrsbetriebe eingehandelt, indem die Kleinlinie 688, die zwischen Gräfrath und Wald verkehrte, eingestellt wurde. Vereine und Organisationen, Privatleute, viele Senioren hatten ihren Protest angemeldet, der allerdings auf taube Ohren stieß. Eben hatte man begonnen, sich mit der Kleinlinie anzufreunden und mehr und mehr zu nutzen.

Der Rotstift von oben hat knallhart zugeschlagen. Der jährliche Zuschuss für den Busbetrieb soll dauerhaft auf 9 Millionen im Jahr eingefroren werden. Das verlange Kür-

zung des Angebots, so die Verwaltung. So musste eben die 688 sterben. Obwohl sich OB Kurzbach vor seiner Wahl zu einem „deutlich attraktiveren neuen Nahverkehrsplan“ bekannt hatte.

Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen. Das ist nur mit mehr Zuschüssen für die Kasse der Verkehrsbetriebe möglich. Ferner ist dem Fahrgastbeirat zu folgen, der ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept für Solingen verlangt. Das heißt nicht weniger, sondern mehr Angebote. Diese sollten mit den Nutzern gemeinsam entwickelt werden.



Sofortprogramm anfordern:
buero@unsere-zeit.de